

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das war sie nun: die Bundestagswahl 2013!!

Leider haben wir unsere Ziele den rot-grünen Regierungs-

wechsel und das Direktmandat verfehlt!

Aber seid versichert: Es hat nicht an uns gelegen!

Euer Engagement im Wahlkampf war große Klasse!

Vielen, vielen DANK euch allen!

Die große Frage ist, wie es in Berlin nun weiter geht, denn Merkel sucht einen Koalitionspartner! Soll sie doch suchen! Eine große Koalition ist das letzte, was wir jetzt noch wollen! Allerdings: Neuwahlen sind auch keine Lösung! Deshalb ist das weitere Verfahren völlig offen. Weder die Partei- noch die Fraktionsführung wird etwas entscheiden. Das werden die Mitglieder!! Nicht heute und nicht morgen- sondern in einem transparenten, längeren Verfahren.

Es wird also spannend!

Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wahlkreis

Betzdorf Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach

Mittelstraße 17 56305 Puderbach Telefon: (0 30) 22 77 74 32 Fax: (0 30) 22 77 64 44 sabine.baetzing-lichtenthaeler

27.09.13

@bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 Fax: (0 27 41) 2 74 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 Fax: (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

Topthema

Die neue SPD-Bundestagsfraktion – Ein paar Daten!

Die Wahl ist vorbei. Nun hat sich die neue Fraktion gebildet. Manches bleibt, manches hat sich geändert.

Frank-Walter Steinmeier ist mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden unserer Fraktion wiedergewählt worden. In geheimer Wahl erhielt er von 190 abgegebenen gültigen Stimmen 173 Ja-Stimmen – das sind 91 Prozent. 12 Abgeordnete stimmten mit Nein und fünf enthielten sich. Frank-Walter Steinmeier hat das Amt bereits seit September 2009 inne.

Thomas Oppermann ist zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer wiedergewählt worden. In geheimer Abstimmung erhielt er 154 Ja-Stimmen (81,5 Prozent). Mit Nein stimmten 29, fünf enthielten sich. Thomas Oppermann hat das Amt seit November 2007 inne.

Die neue Fraktion wird weiblicher. Über 42 Prozent Frauenanteil in der nächsten Wahlperiode sind erreicht, ein schöner Erfolg. Damit wird deutlich: Bei uns ist die Gleichstellung von Frauen und Männern kein leeres Versprechen. Bei der CDU/CSU hingegen sind gerade einmal 24 Prozent Frauen in der Fraktion vertreten.

Das macht deutlich, welchen Stellenwert Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit bei der Union haben. Es ist zu erwarten, dass Gleichstellungspolitik auch zukünftig bei der Kanzlerin und der Union keine Rolle spielen wird.

Nur in einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern in Gremien, Funktionen und Positionen können wir unserem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden. Frauen haben ihr Wahlrecht erkämpft, sie werden weiter für eine Gleichstellungspolitik kämpfen, die ihren Namen verdient. Unsere Fraktion bekommt mit den neu gewählten Abgeordneten ein deutlich verändertes, ein vielfältiges Gesicht. Wir sind die Fraktion mit den absolut meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund.

In unseren Reihen sind dreizehn Abgeordnete mit Migrationshintergrund: Mit Dr. Karamba Diaby für Sachsen-Anhalt, Dr. Daniela De Ridder und Sebastian Edathy für Niedersachsen, Aydan Özoguz, Metin Hakverdi und Niels Annen für Hamburg, Dr. Katarina Barley für Rheinland-Pfalz,

Dr. Lars Castelucci und Josip Juratovic für Baden-Württemberg, Cansel Kiziltepe und Swen Schulz für Berlin sowie Mahmut Özdemir und Gülistan Yüksel für Nordrhein-Westfalen ist die SPD mit den meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund einen deutlichen Schritt weiter als alle anderen Parteien.

Zwar liegt noch etwas Wegstrecke vor uns, damit die gesellschaftlichen Realitäten auch angemessen repräsentiert sind, aber der Anfang ist gemacht.

Unsere Fraktion zeigt mit jedem einzelnen dieser Abgeordneten, dass sie es ernst meint mit dem Teilhabeversprechen und der Repräsentation unserer gesellschaftlichen Vielfalt. Wir werden die Integrationspolitik in der nächsten Legislaturperiode sichtbar prägen. Im Gegensatz zu den symbolischen Nebelkerzen der Union in den vergangenen Jahren, zählen für unsere Integrationspolitik die Inhalte und unser Versprechen an die vielen Menschen mit Migrationshintergrund, die die SPD aufgrund ihrer Positionen unterstützt haben.

Finanzer

Steuererhöhungen – Auf einmal geht es doch?

Dass Wolfgang Schäuble und andere Spitzenpolitiker der Union jetzt Steuererhöhungen für möglich halten, zeigt, wie unehrlich CDU und CSU ihren Wahlkampf geführt haben. Auch für die Union gilt, dass die anstehenden großen politischen Aufgaben nur bewältigt werden können, wenn zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet werden. Mehr Mittel für Bildung, Infrastrukturentwicklung und für die Kommunen in Deutschland sind nur möglich, wenn sich auch CDU und CSU nicht mehr der Notwendigkeit gezielter Einnahmeverbesserungen verweigern.

Selbst Sondierungsgespräche machen erst dann Sinn, wenn die Union endlich die gesellschaftlichen und finanziellen Realitäten anerkennt. Angela Merkel und ihre Union müssen endlich ihr Wolkenkuckucksheim verlassen. Merkel muss mehr bieten als die Worthülsen ihres Bundestagswahlkampfes.

Infoservice

Wirtschaft und Technologie

Gründungen aus Arbeitslosigkeit – Radikaler Rückgang!

Minus 86 Prozent: So lautet die Entwicklung der geförderten Gründungen aus Arbeitslosigkeit. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion zur Entwicklung des Gründungsgeschehens in Deutschland hervor.

Auch andere Zahlen sind ernüchternd: In der vergangenen Legislaturperiode ist die Zahl der Gründungen um fast 100.000 Gründungen zurückgegangen.

Der Bruttobeschäftigungseffekt durch Gründungen, also die Summe aus direkter und direkter Beschäftigung, hat sich seit 2005 halbiert. Natürlich hängt diese Entwicklung auch mit der verbesserten Situation am Arbeitsmarkt zusammen, weil viele Menschen eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis gegenüber dem Wagnis Selbständigkeit bevorzugen. Dies reicht aber als Erklärung für den radikalen Rückgang der Gründungen nicht aus.

Die Bundesregierung musste selbst einräumen, dass "die Reform des Gründungszuschusses ... zum Tragen kam".

Im Klartext: Schwarz-Gelb hat massiv bei der Förderung gekürzt – mit eklatanten Folgen für das Gründungsgeschehen in Deutschland. Die Bundesregierung betont immer wieder die Bedeutung von Gründungen für die Volkswirtschaft. Gleichzeitig setzt sie radikal den Rotstift an – selbst bei erfolgreichen Förderprogrammen wie dem Existenzgründerzuschuss oder dem Gründungscoaching. Das passt nicht zusammen. Ebenso widersprüchlich war das Verhalten vom ehemaligen Wirtschaftsminister Philipp Rösler: Er wäre gerne "Startup-Minister", aber am Kabinettstisch nickte er die Kürzungen ab. Auch für die aktive Gründungsförderung hatte Minister Rösler kaum etwas getan.

So ist es wenig überraschend, dass in der Stellungnahme der Bundesregierung auf die "besonderen Finanzierungsschwierigkeiten bei Gründungen mit erhöhtem Kapitalbedarf" hingewiesen wird. Denn vor der Einführung eines neuen Produktes steht in der Regel eine finanzintensive Forschungsarbeit.

Deswegen fordern wir die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Schwarz-Gelb hatte sie im Koalitionsvertrag von 2009 versprochen, dann immer wieder angekündigt, aber nie umgesetzt.

Finanzen

Finanztransaktionssteuer – Es fehlt die Konsequenz!

Entgegen den bisherigen Versicherungen bekannte sich die Bundesregierung doch nicht konsequent zu dem Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit. Faktisch fällt sie damit der Kommission in den Rücken.

Der juristische Dienst des Europäischen Rates hat gegen die sogenannte Ansässigkeitsfiktion des Richtlinienvorschlages rechtliche Bedenken angemeldet. Diese Ansässigkeitsfiktion sieht vor, dass ein Finanzinstitut aus einem nicht teilnehmenden Mitgliedstaat auch dann steuerpflichtig wird, wenn es an einer Finanztransaktion mit einer Partei aus einem an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaat beteiligt ist. Diese Regelung hat eine hohe

Bonbon

"Ich muss jetzt erst noch 'ne Regierung bilden, und dann werde ich mich auch Kroatien zuwenden."

(Angela Merkel, Bundeskanzlerin)

Bedeutung, um Umgehungsversuche der Finanztransaktionssteuer zu verhindern. Statt sich hinter die Europäische Kommission zu stellen, erklärte die Bundesregierung nunmehr, dass sich die Beratungen über die Finanztransaktionssteuer auch mit den geltend gemachten Bedenken befassen werden. Das hätte eine FDP nicht schlechter machen können.

Angesichts der seit geraumer Zeit stattfindenden Beratungen über den Richtlinienvorschlag und den bereits stattgefundenen rechtlichen Prüfungen lässt eine solche Distanzierung nur einen Schluss zu: Schwarz-Gelb wollte sich von der Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer verabschieden. Wir unterstützen dagegen nachhaltig den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission für die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer.

Wirtschaft

Am 21. September war der 3. Tag des Handwerks

"Zukunft kommt von Können", so das Motto des 3. Tages des Handwerks. Wenn der Mittelstand das vielzitierte Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist, dann ist das Handwerk das zentrale Nervensystem.

Es erbringt die Hauptleistung der beruflichen Bildung, schafft Wertschöpfung im eigenen Land und prägt die Regionen in Deutschland – besonders auch im ländlichen Raum.

Wir stehen für eine moderne Handwerkspolitik. Das Bild der Handwerkerin und des Handwerkers hat sich massiv gewandelt. Das Handwerk hat eine lange Tradition und hat es aber immer wieder geschafft, sich den veränderten Bedingungen und Entwicklungen anzupassen. Die Beispiele Elektromobilität und Energieeffizienz zeigen diese Wandlung sehr deutlich.

Mit neuartigen Produkten und Dienstleistungen auf dem Markt, ist das Handwerk ein wichtiger Treiber von Innovationen. Beratung, ganzheitliche Konzepte und neue Kooperationen spielen eine immer größere Rolle. Das Handwerk muss sich immer wieder neu erfinden und neue Märkte für sich entdecken.

Dabei wollen und werden wir das Handwerk weiterhin unterstützen. Eine Zukunftsaufgabe des Handwerks, der Sozialpartner und der Politik ist es, die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben kontinuierlich zu verbessern. Die Abbrecherquote in der beruflichen Bildung ist immer noch zu hoch.

Die Ursachen können nicht in erster Linie bei den Auszubildenden, sondern müssen auch in den Ausbildungsbedingungen gesucht werden.

Hier gilt es anzusetzen. Wichtig ist hierbei, die Unterstützung für Unternehmen und Ausbilder auszubauen und in die Breite zu bringen. Das sichert dem Handwerk

Termine

Eröffnung Jahrmarkt Wissen 28.09.13 10.00 Uhr 30.09.13 11.00 Uhr BI Stegskopf 14.30 Uhr Neue Kompetenz Altenkirchen Landesparteirat Boppard 19.00 Uhr 01.10.13 12.00 Uhr Meinungsaustausch Bankleiter NR Dystonie-Selbsthilfegruppentag NR 04.10.13 18.00 Uhr

ACHTUNG: Kursivgedruckte Termine sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.